

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Ultimatum und die Regierungskrise.

### Kabinett Stresemann oder Schwander?

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die politische Situation hat im Laufe des gestrigen Tages eine erhebliche Veränderung erfahren, die dazu geführt hat, daß auch die Kabinettkrisis am letzten Schritt der Lösung näher gekommen ist. Man muß sich zunächst vergegenwärtigen, daß vorgezogen noch sämtliche Regierungsparteien entschlossen waren, das Ultimatum der Entente zu unterzeichnen, sofern es nicht eine Klausel über die Schuldfrage enthielte. Stresemann sollte der Reichskanzler des Unterzeichnungskabinetts werden, und niemand nahm an seiner Ernennung Anstoß. Aber plötzlich tauchten eigenartige Nachrichten auf, daß die Kandidatur Stresemanns gefährdet sei. Das kam daher, daß die Deutschnationalen sich bestreben, die obersteinständige Angelegenheit in ihrem Parteinteresse auszunutzen und sich auf diesem Wege in die Regierung einzufügen. Es hat bei den Demokraten und auch bei einem Teil der Sozialdemokraten sehr stark verstimmt, daß mehrfach Abwehraktionen gegen das Kabinett Stresemann mit deutschnationalen Einschlag inszeniert wurden. (Nach einer anderen Version sind vielmehr die Rechtssozialisten die eigentlichen Treiber gegen Stresemann, da sie Bedenken gegen die Unterzeichnung eines Stinneskabinetts haben. Vielleicht ist es aber nur der linke Flügel der Partei, der so heikel ist. Red. d. L. V.) Es trat die Kandidatur Schwander wieder mehr in den Vordergrund, obwohl sie völlig unfruchtbar ist, da Schwander nach französischem Recht als ehemaliger Elsch-Dothinger als Franzose anzusehen ist. Es würde also eine Provokation bedeuten, wenn man ihn den Kanzlerposten übertrüge. Seit gestern ist nun auch innerlich der Regierungsparteien ein gewisser Stimmungswandel eingetreten. Vor allem sind es die Demokraten, die plötzlich Bedenken gegen die Unterzeichnung des Ultimatum tragen. Man ist sich zwar allgemein darüber klar, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Ultimatum zum mindesten nicht unangenehm sind als die des Pariser Abkommens, ja, sich in den einzelnen Punkten den deutschen Vorschlägen erheblich nähern. Niemand will also die Verantwortung auf sich nehmen, die wirtschaftlichen Bedingungen des Ultimatum abzulehnen. Aber die Entwaffnungsfrage hat im Widerstand der Demokraten hervorgerufen, der Reichswehrminister Geiser mußte auf Diktat des Herrn Seadt in seiner Fraktion erklären, daß sowohl er als Reichswehrminister, wie der General als Chef der Heeresleitung mit der Ablehnung der Entwaffnungsfrage stehen und fallen. Dazu kommt, daß auch die konservativen Demokraten erklärt haben, daß bei der Durchführung der Entwaffnung sie eine schwere Niederlage bei den nächsten Wahlen in Bayern erleiden würden. So ist die demokratische Fraktion plötzlich nicht mehr geneigt, ohne weiteres das Ultimatum zu unterzeichnen. Sogar innerhalb der Deutschen Volkspartei wachen sich neuerdings Widerstände geltend, die sogar zum Teil auf rein persönliche Motive zurückzuführen sind, wie überhaupt das persönliche Motiv eine viel größere Rolle spielt, als es zu häufig und der Sache dienlich ist. Die einzelnen Kandidaten um den Kanzlerposten versuchen sich gegenseitig durch eine Art Intrigen zu bekämpfen, bei denen sie die Sache beliebig für ihre Zwecke mißbrauchen. Die Deutsche Volkspartei erklärt plötzlich, daß die Frage der Kriegsverbrechen für sie unannehmbar sei, obwohl sie bereits vorgestern diesen Artikel genau gekannt haben und keine Bedenken dazu äußerten. Nur im Zentrum hat man bisher noch keinerlei ablehnende Haltung gegenüber dem Ultimatum bekundet.

Trotz all dieser neu aufgetauchten Bedenken und trotz der Äußerungen in den Wandlungen des Reichstags energisch sich aufrecht erhaltenden Nachrichten, daß die Demokraten die Bildung eines Unterzeichnungskabinetts anstreben, muß man an der Aherzuegung festhalten, daß niemand die Verantwortung für diese Ablehnung übernehmen will und daß schließlich doch ein Kabinett gebildet wird, das das Ultimatum unterschreibt. Das ist um so wahrscheinlicher, als die Vertreter der westlichen Großindustrie mehr und mehr zu der Überzeugung gekommen sind, daß ihre erste nationalpolitische Answaltung, in der sie die Befehle des Ruhrgebietes als weniger nachteilig als die Annahme der Bedingungen kennzeichnen, schnell verfliegen ist, als es erhofft an die Durchführung dieser drohenden Gefahr ging. Die Vertreter der Eisenindustrie haben gestern in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der ebenfalls deutlich zum Ausdruck kam, daß der erste Anlauf des Proletariats und der Ablehnung der wirtschaftlichen Bedingungen verfliegen ist und daß man geneigt ist, gerade im Interesse der Großindustrie und ihrer wirtschaftlichen Existenz für die Annahme der Bestimmungen, zwar nicht offiziell, aber doch wenigstens hinter den Kulissen einzutreten.

Die Berliner Morgenblätter berichten, daß der Reichskanzler den Gesandten in Paris, Dr. Maner nach Berlin berufen habe, ebenso soll angeblich der Wiener Gesandte Dr. Rosenfeld nach Berlin berufen sein.

## Der Zahlungsplan der Entente.

Berlin, 7. Mai. (M.) Umlich wird die am Freitag beim Auswärtigen Amt eingegangene Note der Reparationskommission über den Zahlungsplan veröffentlicht. In dieser Note ist es u. a.:

1. Deutschland wird in der in diesem Plane bestimmten Weise seine Verpflichtung, den in Übereinstimmung mit Artikel 231, 232 und 233 des Vertrages von Versailles durch die Kommission festgesetzten Gesamtbeitrag zu zahlen, erfüllen, nämlich 132 Milliarden Goldmark, abzüglich:
- a) des bereits auf Reparationskonto gezahlten Betrages;
- b) derjenigen Summen, welche von Zeit zu Zeit Deutschland hinsichtlich des deutschen Eigentums in den abgetretenen Gebieten usw. gutgebracht werden sollen, und

c) aller der Summen, welche von noch feindlichen oder früher feindlichen Mächten eingezogen und hinsichtlich deren die Kommission entschieden hat, daß sie Deutschland gutgebracht werden sollen;

zugänglich der belgischen Schuld an die Alliierten.

Der Betrag dieser abzüglich und der zuzüglichen Summen soll durch die Kommission später festgestellt werden.

II. Deutschland soll als Ersatz für die Schuldverschreibungen, welche auf Grund des § 12c der Anlage II von Teil VIII (Reparationen) des Vertrages von Versailles bereits übergeben sind oder noch übergeben werden müßten, die nachstehend beschriebenen Schuldverschreibungen ausstellen und übergeben:

A. Schuldverschreibungen für einen Betrag von zwölf Milliarden Goldmark. Diese Schuldverschreibungen sollen bis zum 1. Juli 1921 ausgestellt und übergeben werden. Es soll aus Fonds, die von Deutschland, so wie in diesem Plane vorgesehen, zu beschaffen sind, in jedem Jahre vom 1. Mai 1921 an eine jährliche Zahlung stattfinden, deren Betrag sechs v. H. des Gesamtwertes der ausgegebenen Schuldverschreibungen erreichen soll. Hieraus sollen Zinsen zu fünf v. H. jährlich auf die ausstehenden Schuldverschreibungen jedes halbe Jahr und der Rest für den Amortisationsfonds zum Rückkauf der Schuldverschreibungen durch jährliche Auslosungen zu pari gezahlt werden. Diese Schuldverschreibungen werden hiernach Schuldverschreibungen der Serie A genannt.

B. Schuldverschreibungen für einen weiteren Betrag von achtunddreißig Milliarden Goldmark. Diese Schuldverschreibungen sollen spätestens am 1. November 1921 ausgestellt und übergeben werden. Es soll aus Fonds, die von Deutschland, so wie in diesem Plane vorgesehen, zu beschaffen sind, in jedem Jahre vom 1. November 1921 an eine jährliche Zahlung stattfinden, deren Wert sechs v. H. des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldverschreibungen gleichkommt. Hieraus sollen Zinsen zu fünf v. H. jährlich auf die ausstehenden Schuldverschreibungen jedes halbe Jahr und der Rest für den Amortisationsfonds zum Rückkauf der Schuldverschreibungen durch jährliche Auslosungen zu pari gezahlt werden. Diese Schuldverschreibungen werden hiernach Schuldverschreibungen der Serie B genannt.

C. Schuldverschreibungen in Höhe von zweiundachtzig Milliarden Goldmark durch weitere Ausstellung oder Einziehung von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des § 1. Diese Schuldverschreibungen sollen spätestens bis zum 1. November 1921 ausgestellt und der Reparationskommission ohne anhängende Coupons übergeben werden. Sie sollen von der Kommission ausgegeben werden, soweit sie überzeugt ist, daß die von Deutschland im Verfolg dieser Abmachungen überkommenen Zahlungen anreichen, um für die Bezahlung von Zinsen und Amortisationen dieser Schuldverschreibungen zu dienen. Es soll aus Fonds, die von Deutschland zu beschaffen sind, in jedem Jahre vom Tage der Ausgabe durch die Reparationskommission eine jährliche Zahlung stattfinden, deren Betrag sechs Prozent des Nominalwertes der ausgegebenen Schuldverschreibungen gleichkommt. Hieraus sollen Zinsen zu fünf v. H. jährlich auf die jeweils ausstehenden Schuldverschreibungen jedes halbe Jahr und der Rest für den Amortisationsfonds zum Rückkauf der Schuldverschreibungen durch jährliche Auslosungen zu pari gezahlt werden.

Nach dem Artikel III sollen die Schuldverschreibungen durch das gesamte Vermögen und die Einnahmen des Deutschen Reiches und der Staaten gesichert sein.

IV. Deutschland soll jedes Jahr bis zum Rückkauf der Schuldverschreibungen zahlen zu I. eine Summe von zwei Milliarden Goldmark; II) eine Summe, welche 25 v. H. des Wertes seiner Ausfuhr in jedem Zeitraum von zwölf Monaten nach dem 1. Mai 1921, oder wahlweise einen entsprechenden Betrag; III. eine weitere Summe entsprechend 1 v. H. des Wertes seiner Ausfuhr oder wahlweise den entsprechenden Betrag, immer unter der Voraussetzung, daß: Deutschland alle seine Verpflichtungen nach dem Wien. mit Ausnahme seiner Verbindlichkeiten hinsichtlich der ausstehenden Schuldverschreibungen, erledigt hat, die in jedem Jahre nach diesem Paragraphen zu zahlenden Beträge sich um den Betrag vermindern werden, welcher in dem Jahre erfüllt ist. Die Zahlungen sollen ein Vierteljahr vor Ablauf jedes Quartals erfolgen.

V. Deutschland wird innerhalb von 25 Tagen von dieser Bestimmung an eine Milliarde Goldmark in Gold oder gleichwertigen Devisen oder in Schuldanweisungen mit drei Monaten Laufzeit entrichten.

VI. Die Kommission wird innerhalb von 25 Tagen die besondere Unterkommission einrichten, welcher jedes Kontrollrecht gegeben werden soll.

VII. Die Garantiekommision soll die von Deutschland als sicher bezeichneten Forderungen überwachen. Die so bezeichneten Forderungen sollen sein: a) die Einnahmen aller deutschen Sees- und Landzölle und Abgaben und jedes sonstige Erträgnis der Ein- und Ausfuhrabgaben; b) das Erträgnis der Abgaben von 25 v. H. des Wertes aller Ausfuhr.

## Neue Alliertenkonferenz mit Amerika?

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung will aus Rom erfahren haben, daß Graf Sforza mitgeteilt habe, es werde demnächst eine neue Konferenz der Alliierten in Ostende stattfinden, an der auch Amerika teilnehmen soll.

## Vor der Entscheidung.

Noch niemals seit dem Abschluß des Waffenstillstands mit der Entente war Deutschland die Schicksalsfrage so klipp und klar gestellt und die Entscheidung über sein Schicksal so in die Hand gegeben als heute, da die Entente nach Überwindung des französischen Widerstands es Deutschland das letzte mal anheimgestellt hat, auf gütlichem Wege die Frage der Wiedergutmachung zu regeln, und da gleichzeitig der polnische Aufstand in Oberschlesien es vor die Frage stellt, ob es auf dem Boden des Friedensvertrages bleiben oder, indem es ihn verläßt, den Krieg mit der Entente heraufbeschwören wolle.

Aus dem Wortlaut des Ultimatum der Entente und des Zahlungsplans der Reparationskommission, der gestern der deutschen Regierung bekanntgegeben wurde, geht deutlich hervor, was wir nach den ersten Verhandlungstagen der Londoner Konferenz bereits vermutet haben, daß die finanziellen Forderungen der Entente nur formell von dem von der Reparationskommission aufgestellten Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark ausgehen, in der Tat aber viel niedriger sind, ja sogar niedriger als die Pariser Beschlüsse. Sie laufen nämlich darauf hinaus, daß Deutschland für die nächsten Jahre verpflichtet wird, jährlich zwei Milliarden Goldmark und außerdem eine Summe zu zahlen, die dem vierien Teil des Wertes seiner Warenausfuhr entspricht, wobei es aber der deutschen Regierung anheimgestellt wird, einen andern Index für seine Leistungsfähigkeit anzustellen als den Wert seiner Ausfuhr. So drückend diese finanziellen Bestimmungen des Ultimatum auch sind, so schwer auch die Last, die sie dem heute schon mit dem Zusammenbruch ringenden Reichshaushalt auferlegen und so sehr sie auch geeignet sind, die Erholung der deutschen Produktionskraft zu hemmen, so ist doch nicht daran zu zweifeln, und es wird auch von keiner ernstzunehmenden volkswirtschaftlichen Seite mehr daran gezweifelt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes und die Aufrechterhaltung oder Verschärfung der übrigen Sanktionen die deutsche Volkswirtschaft bedeutend schwerer belasten würden als die Ententeforderungen in ihrer jetzigen Form.

Aber darum geht es heute gar nicht mehr. Die finanzielle Frage ist heute sowohl bei der Entente wie auch in Deutschland ganz vor der politischen zurückgetreten. Lloyd George hat in seiner letzten großen Rede, die er gestern im Unterhause gehalten hat, keinen Zweifel darüber gelassen, daß für die Entente die Entwaffnungsfrage die größte Rolle spiele, daß Deutschland sein Verhältnis zur Entente immer wieder dadurch zugespitzt habe, daß es in der Kriegsschuldfrage und in der Entwaffnungsfrage sich die schwersten Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen. Und in der Tat; man denke sich nur einen Augenblick in die Psychologie der Kreise hinein, die heute in der Entente das Heft in der Hand haben. Man überlege, was für eine ungeheure Provokation es bedeutet, daß die schwersten Kriegsverbrecher, die um ihres militärischen Ehrgeizes und ihrer Eitelkeit willen ohne Not unzählige in den Tod getrieben, Deutschlands Ruin auf dem Gewissen haben, heute nicht nur frei herumlaufen, obwohl sie auf der Kriegsschuldliste der Entente stehen, sondern geehrt und von nationalisierenden Pöbel umjubelt werden, ja daß ihr Name stolz auf deutschen Schiffen prangend bis nach Brasilien und Argentinien dringt. Man frage sich, ob Frankreich nicht das Recht hat, sich beunruhigt zu fühlen, wenn trotz des Friedensvertrages, trotz der Entwaffnungsbestimmungen des Spaer Abkommens, trotz der bedingungslosen Annahme der militärischen Bestimmungen der Pariser Beschlüsse durch Deutschland die Entwaffnungsfrage noch immer um keinen Schritt weiter gekommen ist, daß die deutsche Regierung gar nicht daran denkt, ihre wiederholten Versprechungen in die Tat umzusetzen. Noch immer sind die deutschen Festungen nicht soweit entwaffnet, wie es im Friedensvertrag und den weiteren Abmachungen vereinbart wurde, noch immer trägt die Stpo. deren Zahl in Preußen allein der der Reichswehr gleichkommt, in ihren Organisationen bewaffneten militärischen Charakter, ja die preussische Regierung kündigte nach der Niederwerfung des kommunistischen Aufstands in Mitteldeutschland an, daß sie die Bewaffnung der Polizeitruppen noch zu verbessern gedente, noch immer ist Escherich der ungekrönte König Bayerns und verfügt über eine militärisch organisierte und ausgerüstete Macht von 240 000 Mann (diese Ziffer wurde offiziell von der bayerischen Regierung angegeben, es kann aber ruhig angenommen werden, daß die Orgelmacht in Wirklichkeit noch viel größer ist) und die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen den reaktionären Landesregierungen die Handhabe dazu geboten, die Orgelmacht offiziell wieder zu gestatten.

Das ist der Kernpunkt der Frage, vor die die Entente Deutschland gestellt hat: ob es weiter im Schlepptau der Kriegsverbrecherischen Chauvinisten bleiben und die Schuldtragenden an seinem Unglück weiter unbestraft lassen will und ob es weiter im Schlepptau der Reaktion bleiben will, die ihre militärischen Kräfte gegen die Wiedergeburt der imperialistischen Monarchie und zu einem neuen Krieg mit der Entente offen betreibt, oder ob es